

# Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent.

lebensnah.

vor Ort.



## ...newsletter



Newsletter zur 06. Kalenderwoche 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist unfassbar! Am 09. Februar 2010 beschied das Bundesverfassungsgericht, die Regelleistungen nach dem SGB II sind verfassungswidrig. Am 09. Februar 2011 bricht Schwarz-Gelb die Verhandlungen mit SPD und Grünen einfach ab. Union und FDP sind so heillos zerstritten, dass selbst mit der Kanzlerin keine Kompromissuche und Kompromissfindung mehr möglich war. Der Bundesrat rief schließlich am 11. Februar erneut den Vermittlungsausschuss an, um doch noch einen Kompromiss zu suchen.

Der erfolgreiche Vorstoß von Kurt Beck (SPD), das Vermittlungsverfahren nicht endgültig scheitern zu lassen, beweist zweierlei: Die SPD ringt um jede Minute, um doch noch zu einem Kompromiss im Interesse von ALG II-Empfängenden und von sozial benachteiligten Kindern und Erwachsenen zu gelangen. Er beweist aber auch, dass selbst CDU geführte Länder nicht mit der Politik der schwarz-gelben Bundesregierung einverstanden sind. Der SPD-Verhandlungsansatz war von Anfang an: Wir wollen Armut bekämpfen und gleiche Teilhabe an Bildung und am gesellschaftlichen Leben sicherstellen. Hierzu sind mehr als fünf Euro nötig. Wir wollen die Abhängigkeit von Sozialtransfers reduzieren, damit Menschen ihr Leben eigenverantwortlich führen und aus eigener Kraft für sich und ihre Familien sorgen können. Deshalb sind die Themen gute Bildungsinfrastrukturen, Mindestlöhne und gleiche Bezahlung von LeiharbeiterInnen und Stammebelegschaften für die SPD untrennbar mit den Hartz IV-Regelungen verbunden.

„Die Gleichstellung von Frauen ist ein Prüfstein jeder modernen Gesellschaft. Doch der tatsächliche Fortschritt bei der Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft und im Arbeitsleben ist kein Ruhmesblatt für unser Land“, so Frank-Walter Steinmeier. Wir fordern gemeinsam eine Mindestquote von 40 Prozent Frauen in Aufsichtsräten. Die SPD strebt diese Quote auch für Vorstände an. Wir wollen aufhören, die Qualifikationen und Fähigkeiten der Frauen zu verschwenden, zumal längst nachgewiesen ist, dass Unternehmen mit Frauen an bzw. in der Spitze wirtschaftlich stabiler und erfolgreicher agieren.

Die SPD will Entgeltgleichheit für Frauen und Männer. Wir wollen hierzu gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen. Wir bekennen am 8. März, dem 100. Internationalen Frauentag, auch hierzu Farbe.

Ihre / deine

## Inhalt:

<b>■ Gesundheitspolitik</b>	
Rahmenbedingungen der Zeit- und Leiharbeit im Gesundheitswesen grundlegend verbessern	2
Zur Lage unseres Gesundheitswesens	2
SPD-Kampagne: Die Bürgerversicherung	3
Schwarz-Gelbe Ankündigungspolitik: 2011 als Jahr der Pflege	3
Gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen	4
<b>■ Gleichstellungspolitik</b>	
Quoten-Zwist zu Lasten der Frauen	4
<b>■ Arbeitsmarktpolitik</b>	
Schwarz-Gelb will keinen Kompromiss bei der Neuregelung von Hartz IV	4
Armuts- und Reichtumsberichterstattung	6
<b>■ Innenpolitik</b>	
Aktiv gegen die „Extremismusklausel“	6
<b>■ Außenpolitik</b>	
Ägypten jubelt: „Wir sind das Volk“	7
<b>■ Aus Berlin</b>	
Aktuelle Stunde: Räumung der Liebigstraße 14	7
Erinnerung braucht einen Ort!	8
<b>■ Einladungen/Terminhinweise</b>	
Februar-März	8

### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)



■ **Gesundheitspolitik**

**Rahmenbedingungen der Zeit- und Leiharbeit im Gesundheitswesen grundlegend verbessern**



Als Berichterstatterin zur Finanzierung des Krankenhauswesens der Arbeitsgruppe Gesundheit weise ich darauf hin, dass die Verhandlungen zur Verbesserung der Tarif- und Arbeitsbedingungen im Vermittlungsausschuss auch das Gesundheitswesen betreffen.

Von der Öffentlichkeit viel zu wenig bemerkt, hat auch im Gesundheitswesen der Einzug von Zeit- und Leiharbeit nicht Halt gemacht. Seit dem Jahr 2004 hat sich die Zahl der Zeit- und LeiharbeiterInnen vor allem wegen der wachsenden Personalknappheit im Pflegebereich vervielfacht.

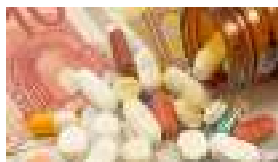
Eine unterschiedliche Bezahlung von LeiharbeiterInnen und Stammbeschäftigten ist nicht im Sinne der PatientInnen-sicherheit in Krankenhäusern und Altenheimen. Auch deshalb ist die Forderung der SPD nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit unabdingbar. Eine beschäftigungs- und patientenorientierte Lösung muss her - die schwarz-gelbe Bundesregierung muss sich hier bewegen!

Die auch im Gesundheitswesen zunehmende Zeit- und Leiharbeit verschlechtert die Arbeitsbedingungen der Stammbeschäftigten. Die ursprüngliche Idee der Leiharbeit, die Auslastungsspitzen abzufedern, wurde längst dazu missbraucht, die Stammbeschäftigten auszudünnen und die Gewinne privater Krankenhauskonzerne zu steigern.

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit sondern auch eine gesundheitspolitische Notwendigkeit.

**Zur Lage unseres Gesundheitswesens**

Bürgerinnen und Bürger verlangen zu Recht eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe Gesundheitsversorgung für alle. Ohne Unterschied, ob es sich um die Versicherung in einer gesetzlichen Krankenkasse oder bei einem privaten Versicherungsunternehmen handelt. Schwarz-Gelb kündigt seit Wochen ein Versorgungsgesetz an - im parlamentarischen Verfahren ist jedoch nichts.



Stattdessen spüren die Versicherten seit dem Inkrafttreten des GKV-Finanzierungsgesetzes am 01.01.2011 bereits die ersten Auswirkungen des vollzogenen Paradigmenwechsels in unserem Gesundheitswesen: In der gesetzlichen Kran-

kenversicherung (GKV) sind die Beitragssätze auf insgesamt 15,5 Prozent angestiegen. Das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge auf 7,3 Prozent und die Zuweisung der ungleichen Beitragssatzhöhe von 8,2 Prozent für die Beschäftigten werden von der SPD abgelehnt. Wir bekämpfen insbesondere die Tatsache, dass die Versicherten mit den durch Schwarz-Gelb eingeführten - nach oben hin offenen - Zusatzbeiträgen (Kopfpauschalen) sämtliche Kostensteigerungen im Gesundheitswesen künftig alleine zu tragen haben. Wir lehnen auch das Absenken der Beitragsbemessungsgrenze ab. Damit verbunden ist auch die 2010 erfolgte schwarz-gelbe Neueinführung, die es Beschäftigten mit einem Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze erlaubt, die GKV nach einem statt nach drei Jahren zu verlassen. Die GKV verliert auf diese Weise gerade die besser verdienenden Mitglieder. Schwarz-Gelb zerstört mit der Individualisierung und zunehmenden Privatisierung des Lebensrisikos „Krankheit“ ein solidarisches System, welches uns über 130 Jahre gut gedient hat.

**Schwarz-Gelb profitiert von erfolgreicher sozialdemokratischer Gesundheitspolitik**

In der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 09. Februar musste Daniel Bahr (FDP), Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, zugeben, dass sich der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2010/2011 lobend zu den richtigen Entscheidungen der SPD zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise (Konjunkturpaket I) geäußert hat. Wesentlicher Bestandteil waren die beschäftigungsfördernden Kurzarbeiterregelungen, die gleichzeitig die Sicherstellung der umlagefinanzierten gesetzlichen Krankenversicherung ermöglichten.

Aktuelle Prognosen des Schätzerkreises des Bundesversicherungsamts besagen, dass der Gesundheitsfonds 2010 einen Überschuss von 3,6 Milliarden Euro aufweist. Die Liquiditätsreserve dürfte damit bereits Ende 2011 bei 6,3 Milliarden Euro liegen - also weitaus mehr als gesetzlich vorgeschrieben ist. Der Überschuss entspricht in etwa der Summe, um die Arbeitgeber und Versicherte durch die Beitragserhöhung dieses Jahr zur Kasse gebeten werden. Da die Krankenkassen zudem 2011 nach den Daten des Schätzerkreises 200 Millionen Euro mehr aus dem Fonds erhalten sollen, als sie zur Deckung ihrer Leistungsausgaben brauchen, wird das Krankenkassensystem Ende 2011 über Reserven von insgesamt rund zwölf Milliarden Euro verfügen.

**Kopfpauschale benachteiligt GeringverdienerInnen**

Laut GKV-Finanzierungsgesetz werden nicht nur individuell zu tragende Zusatzbeiträge (Kopfpauschalen) eingeführt,



sondern auch ein Sozialausgleich, der aus Steuermitteln finanziert wird. Schwarz-Gelb will hiermit die mit Sicherheit kommenden Belastungen für Geringverdienende ausgleichen. Positiv für die BürgerInnen ist, dass der Härtestest aufgrund der sozialdemokratisch geprägten Finanzentscheidungen und der derzeitigen Wirtschaftslage in 2011 nicht flächendeckend ansteht. Noch sind nämlich die hierzu notwendigen Modalitäten nicht geklärt.

Sicher ist, dass die nach oben hin offenen Kopfpauschalen vor allem kinderreiche Familien sowie RentnerInnen treffen werden. Laut Berechnungen des Instituts für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie (IGKE) der Uniklinik Köln werden bei einem angenommenen Zusatzbeitrag von 20 Euro monatlich 14,8 Millionen Haushalte einen Sozialausgleich brauchen. Liegt dieser bei 50 Euro monatlich seien es 27,8 Millionen Haushalte. Unter der Annahme, dass die Ausgabenentwicklung nur um 4 Prozent steigt, ist laut IGKE 2012 von einer monatlichen Kopfpauschale von 9 Euro, 2017 von 73 Euro, 2022 von 155 Euro, 2027 von 258 Euro auszugehen - ein schwarz-gelbes Fass ohne Boden!

### **SPD-Kampagne: Gesundheit für alle – die Bürgerversicherung**



SPD und SPD-Bundestagsfraktion bekämpfen die Ungerechtigkeiten in der Finanzierung des Gesundheitswesens im Interesse einer guten Gesundheitsversorgung für alle.

Im Augenblick werden in der beim SPD-Parteivorstand angesiedelten „AG Bürgerversicherung“ vielfältige Berechnungen angestellt, damit Partei und Fraktion - voraussichtlich im April/Mai 2011 - gut berechnete Grundlagen für unsere solidarische Bürgerversicherung vorlegen können. Unser Gesundheitswesen braucht eine nachhaltig solide Finanzierung.

SPD und SPD-Bundestagsfraktion führen derzeit die Kampagne „Gesundheit für alle: die Bürgerversicherung“ durch, um BürgerInnen über die Kahlschlagpolitik von Schwarz-Gelb zu informieren und über die sozialdemokratischen Prinzipien einer guten Versorgung als auch Finanzierung für das Gesundheitswesen aufzuklären.

Am 04./05. Februar haben bereits bundesweit Informationsstände stattgefunden. SPD-Praxistage und öffentliche Veranstaltungen sind für den Zeitraum vom 28. Februar bis 02. März geplant. Die Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten beteiligen sich sowie auch viele sozialdemokratische MandatsträgerInnen aus dem Berliner Abgeordnetenhaus und aus den Bezirksverordnetenversammlungen.

Die Landesgruppe der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten lädt am 02. März zu einer Dialogveranstaltung ein, um mit VertreterInnen aus dem Gesundheits- und Pflegewesen und mit BürgerInnen über die gemachten Erfahrungen und notwendigen Verbesserungen (schnellere Terminvergabe, Zwei-Bett-Zimmer im Krankenhaus, etc.) im Gesundheitswesen zu diskutieren. Nähere Informationen in Kürze auf meiner Website und im nächsten Newsletter.

### **Schwarz-Gelbe Ankündigungspolitik: 2011 als Jahr der Pflege**

Daniel Bahr (FDP), Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, hat im Gesundheitsausschuss am 09. Februar mitgeteilt, dass 2011 für das Ministerium das „Jahr der Pflege“ sei. Zielstellung sei es, für eine würdevolle Pflege und eine sichere Pflegefinanzierung zu sorgen.



Nachfragen, was die Koalition als Ganzes bzw. die einzelnen der drei in der Koalition vertretenen Regierungsfractionen FDP, CDU und CSU unter einer ergänzenden Kapitaldeckung für die Pflege verstehen, wurde ausschließlich damit beantwortet, dass der Koalitionsvertrag hierzu die Richtung vorgebe. Im Augenblick sieht es so aus, als gäbe es überhaupt kein einheitliches Konzept zur künftigen Pflegeversicherung.

Auch die Aussagen zur Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe bleiben unbefriedigend. So ist laut Daniel Bahr nicht bekannt, wann es denn überhaupt einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Ausbildung der Pflegeberufe geben soll. Dabei ist unbestritten, dass aufgrund der demographischen Entwicklung gerade die pflegerische Versorgung sicherzustellen ist. So hat sich die Zahl der AltenpflegerInnen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zwischen 2000 und 2008 auf rund 475.000 fast verdoppelt. Zu realen Verbesserungen der Rahmenbedingungen in Ausbildung und Beschäftigung in der Pflege gibt es aber keine Gesetzesvorhaben. Kein Wunder, wollen sich doch gleich drei Ministerien damit beschäftigen, aber Herr Bundesgesundheitsminister Rösler, Bundesarbeitsministerin von der Leyen und Bundesfamilienministerin Schröder sind sich untereinander selber noch nicht einmal einig, in welche Richtung es mit der Pflege gehen soll.

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



## Gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen



Bildung – Gesundheit - Einkommen sind eine bemerkenswerte Trias. In der öffentlichen Anhörung der Kinderkommission zum Thema „Gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen“ am 9. Februar erläuterte Thomas Lampert vom Robert Koch-Institut Berlin, dass zwar die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen in Deutschland gesund aufwachsen, dass sich aber für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien die Risiken aufsummieren: Kinder und Jugendliche aus sozialbenachteiligten Familien stehen in der Gefahr, eher chronisch krank zu werden, unter Adipositas (Fettsucht) zu leiden oder psychische Probleme zu entwickeln. Sein Ratschlag ist: eine bessere Bildungspolitik! Schafften diese Kinder den Sprung auf das Gymnasium, so steigen ihre Gesundheitschancen. Wie gut, dass wir in Berlin erfolgreich eine gute Schulstrukturreform implementiert haben, die einen chancenreicheren Schulverlauf für alle Kinder gewährleisten soll. Wir wollen gute Bildung und Gesundheit für jedes Kind.

## ■ Gleichstellungspolitik

### Quoten-Zwist zu Lasten der Frauen

Die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Bundesregierung über eine flexible oder feste Quote von Frauen in Führungspositionen ist mehr als beschämend. Die auf Antrag der SPD- und Grünen-Fraktionen erfolgte Aktuelle Stunde „Dr. Merkel, Dr. von der Leyen, Dr. Schröder - Unterschiedliche Auffassungen in der Bundesregierung zum Thema Frauenquote“ am 10. Februar hat deutlich gezeigt, dass die schwarz-gelbe Regierung nicht wirklich bereit ist, strukturelle Frauenförderung ernst zu nehmen. Gleichstellung ist für sie kein bedeutendes Politikfeld.



Nach zehn Jahren freiwilliger Vereinbarung mit der Wirtschaft sind Frauen in Führungspositionen immer noch mit der Lupe zu suchen. Die zuständige Frauenministerin Schröder setzt stur auf Freiwilligkeit der Unternehmen - gegen jeden Rat von ExpertInnen. Arbeitsministerin von der Leyen erkennt zwar die Notwendigkeit einer gesetzlichen Frauenquote an, kann sich aber gegen das Machtwort der Kanzlerin Merkel nicht durchsetzen. Diese hat schluss-

endlich bestimmt, mit ihr werde es keine Quote geben. Die Kanzlerin spielt die Interessen der Frauen gegen den Machterhalt ihrer Koalition aus: Verordneter Koalitionsfrieden steht für die Kanzlerin über dem Recht der Frauen auf Chancengleichheit.

Gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion fordere ich weiterhin und ohne Zaudern die Einführung einer Quote von mindestens 40 Prozent. Das Land Berlin hat es mit dem Landesgleichstellungsgesetz Berlins vorgemacht. Frau Merkel will diese Debatte mit ihrem Basta-Kommentar beenden.

Aber die SPD-Bundestagsfraktion lässt das nicht zu: Rechtzeitig zum Internationalen Frauentag am 08. März werden wir in der kommenden Sitzungswoche nachlegen und unseren Antrag zur „Quotenregelung für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich festschreiben“ am Freitag, dem 25.02.2011, ins Parlament einbringen. Die öffentliche Debatte darüber soll und muss weitergehen, dafür sorgen wir.

## ■ Arbeitsmarktpolitik

### Schwarz-Gelb will keinen Kompromiss bei der Neuregelung von Hartz IV



CDU/CSU und FDP haben am 09. Februar, genau ein Jahr, nachdem das Bundesverfassungsgericht die Bemessung der Regelsätze für Hartz IV-Empfänger für verfassungswidrig erklärt hat, die Verhandlungen mit SPD und Bündnis90/Die Grünen zur Herstellung eines dem Grundgesetz entsprechenden Verfahrens abgebrochen.

Letztendlich war aufgrund der heillosen Zerstrittenheit der Regierungskoalitionen untereinander eine Kompromissfindung nicht mehr möglich - und dieses, obwohl Kanzlerin Merkel einen Tag zuvor die Verhandlungen zur Chefinnensache erklärt hat. Der einzige gemeinsame Nenner dieser Koalition lautet „Nein“.

Dass Bundesministerin von der Leyen nun behauptet, Rot-Grün hätte Maximalpositionen vorgelegt und sich nicht bewegt, ist eine Frechheit und gleichermaßen eine einzige Schutzbehauptung, um von der Schwäche und Entscheidungsunfähigkeit der schwarz-gelben Bundesregierung abzulenken. Außerdem will sie über ihre eigene Verantwortung hinwegtäuschen, dass sie für über 6 Millionen Menschen mit Niedriglöhnen und Menschen, die in Armut und Bedürftigkeit leben, keine Lösung zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse vorgelegt hat.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung versagt in ganz zentralen Gegenwarts- und Zukunftsherausforderung -

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)





nämlich bei der Schaffung und Sicherung von Chancengleichheit und Gerechtigkeit!

Auf Initiative der SPD hat der Bundesrat am 11. Februar ein Scheitern der Hartz IV-Neuregelung verhindert und den Weg für weitere Verhandlungen freigemacht. Im Bundestag hatte die SPD zuvor die schwarz-gelbe Koalition erneut aufgefordert, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. „Es sind nur noch wenige Meter, die wir zu gehen haben, das muss doch zu schaffen sein“, appellierte der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel an Union und FDP.

In der Bundestagdebatte mahnte Gabriel am Freitagvormittag zur Besonnenheit. „Wir dürfen nicht Theater spielen. Wir müssen ein Ergebnis erzielen.“ Auch SPD-Verhandlungsführerin Manuela Schwesig betonte im Bundestag: „Wir wollen weiterverhandeln. Kommen Sie zurück an den Verhandlungstisch.“

Parallel zur Debatte im Bundestag erzielte die SPD unter Führung des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck im Bundesrat eine Einigung mit unionsregierten Ländern, die Verhandlungen fortzusetzen. Auf Initiative der SPD konnte dadurch verhindert werden, dass das Gesetzgebungsverfahren im Bundesrat aufgrund der Kompromissblockade der schwarz-gelben Bundesregierung endgültig scheitert. Es wäre „eine Niederlage für alle“ gewesen, wie SPD-Chef Gabriel sagte.

Ich danke unserer Verhandlungsführerin Manuela Schwesig und allen VermittlerInnen unserer Runde, wie Elke Ferner, Thomas Oppermann, Joachim Poß, Olaf Scholz, Siegmund Gabriel, Hubertus Heil, Dr. Frank-Walter Steinmeier, Dagmar Ziegler, für das sozialdemokratische Kurshalten. Unser Kompass funktioniert!

### **Gleichbehandlung behinderter Menschen**

In der Ermittlung von Regelbedarfen geht Schwarz-Gelb weder transparent noch zimperlich vor, wie wir es bei der geplanten, politisch willkürlich, festgelegten ALG II-Regelsatzerhöhung von 5 Euro bei Hartz-IV-Empfangenden von 359 Euro auf 364 Euro schon feststellen mussten. Schwarz-Gelb geht aber noch weiter: Für über 25 Jahre alte behinderte Menschen, die bei ihren Eltern oder aber in einer Wohngemeinschaft wohnen und gleichzeitig dauerhaft vollwerbsgemindert sind, sollen bestehende Leistungsansprüche sogar um 20 Prozent gestrichen werden. Über 25-jährige Menschen mit Behinderung werden dann nicht mehr den ALG II-Regelsatz erhalten, sondern einen um 68 Euro gekürzten.

Diese Streichung ist aus Sicht der SPD diskriminierend. Besonders fatal ist die Tatsache, dass alle nachfolgenden beantragten Leistungen, wie z.B. Mobilitätshilfen oder Leistungen der besonderen Förderung, sich in Zukunft auf diesem um 68 Euro gekürzten Regelsatz beziehen. Die SPD hat mehrfach nachdrücklich auf diesen auch bereits vom Behindertenbeauftragten der Bundesregierung kritisierten Tatbestand hingewiesen.

### **SPD-Ziele im Vermittlungsverfahren**

Unsere sozialdemokratischen Verhandlungsziele waren von Anfang an:

- ein **Bildungspaket**, das alle bedürftigen Kinder erreicht; welches in der Hand der zuständigen Kommunen liegt und für das die Kommunen die vollen Kosten erstattet bekommen,
- ein **Mindestlohn und gleichen Lohn für gleiche Arbeit**, um Armut in Arbeit zu verhindern; um dem Lohndumping auf Kosten der SteuerzahlerInnen, die immer mehr ergänzende Sozialtransfers finanzieren müssen, ein Ende zu setzen; und um den Grundsatz der Sozialen Marktwirtschaft wiederherzustellen, dass Arbeit sich lohnen muss,
- **Regelsätze in der Grundsicherung**, die dem Verfassungsgebot der Menschenwürde gerecht werden, Armut verhindern, soziale Teilhabe sichern und die nachvollziehbar und transparent berechnet sind.

### **Das Scheitern der Regelsatz-Verhandlungen ist ein Skandal**

Die Verhandlungen sind gescheitert an der fehlenden Kompromissbereitschaft von Union und FDP vor allem bei den Regelsätzen sowie bei Verbesserungen für LeiharbeiterInnen.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Vermittlung platzen lassen, obwohl SPD und Bündnis90/Die Grünen fortwährend und auch noch in der Nacht vom 08. auf den 09. Februar zu allen drei Verhandlungsbereichen alternative sachliche Kompromissvorschläge vorgelegt haben. Die SPD hat ihre Forderungen während der Verhandlungen erheblich eingedampft, hat sich auf den Weg zu einem Kompromiss gegeben.

Einem erneuten verfassungswidrigen Regelsatz konnte die SPD aber auf keinen Fall zustimmen. Drei Positionen für eine sachgerechte Reform des SGB II sind für uns auf jeden Fall unerlässlich:

- Wir brauchen eine verfassungskonforme Berechnung der Regelsätze zur Grundsicherung für Arbeitslose.
- Wir brauchen mehr SchulsozialarbeiterInnen. Um eine chancengerechte Teilhabe von Kindern im Bild-

#### ■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ **Bundestag**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ **www.mechthild-rawert.de**



ungssystem zu gewährleisten, braucht es neben Geldleistungen vor allem auch der individuellen Betreuung und Zuwendung.

- Wir brauchen den Mindestlohn in der Leiharbeit, um den Lohnabstand zwischen Transferleistungen und Arbeitslöhnen zu sichern. Armutslöhne in der Leiharbeit reichen nicht zum Leben reichen, und die dauerhafte Aufstockung in Höhe von 500 Millionen aus Steuermitteln ist keine Lösung. Außerdem muss „Equal Pay“ in der Leiharbeit nach vier Wochen Einarbeitungszeit gelten, damit endlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt wird.

### **Volkesstimme aus Tempelhof-Schöneberg**

Die gesellschaftliche Relevanz dieser Positionen wurde von einer besorgten Bürgerin aus Tempelhof-Schöneberg erwidert, als sie am Morgen des 09. Februar mit dem Worten in mein Wahlkreisbüro kam: „Bitte richten Sie Herrn Gabriel aus, er dürfe bei den Hartz IV-Verhandlungen nicht zustimmen! Wenn die Leiharbeiter 9 Monate für weniger Geld arbeiten müssen, werden die Arbeitgeber sie nach 8 Monaten kündigen und neue Leiharbeiter einstellen.“

### **Chance auf schnelle Einigung bleibt bestehen**

Der Initiative der SPD-Länder im Bundesrat ist es zu verdanken, dass nun die Tür für eine schnelle Einigung offen bleibt. Es gebe Einvernehmen, dass alle Bundesländer parteiübergreifend eine neue Runde im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag wollten, sagte Ministerpräsident Beck am späten Freitagvormittag.

### **SPD fordert andere Datenbasis für Armuts- und Reichtumsberichterstattung**

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Datenbasis für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung ändern. In unserem Antrag „Vorbereitung des 4.



Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung in der 17. Wahlperiode – Armuts- und Reichtumsberichterstattung weiterentwickeln“ (17/4552) fordern wir unter anderem, dass „die Daten methodisch so präzise und konsistent erfasst werden“, dass auch innerhalb langer Zeitreihen nachprüfbar Ziele formuliert werden könnten. Zudem sollen die Daten möglichst aktuell sein und nicht länger als vier Jahre zurückliegen.

Wir wollen weiterhin die Berichterstattung des Reichtumssteils ausweiten. Dies soll unter anderem durch zusätzliche Indikatoren geschehen, beispielsweise zur Vermögensberatung privater Haushalte, Analyse der Weitergabe von Reichtum durch Vererbung und Schenkungen, Analyse der vermögensrelevanten Größen, Steuervermeidung, Steuerflucht oder etwa zur Steuerhinterziehung.

Wir beziehen dabei auch insbesondere Indikatoren zur Bestimmung der sozialen Herkunft, zur Durchlässigkeit, zu Aufstiegschancen und Abstiegsrisiken in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen mit ein.

Auf Druck der SPD war die Große Koalition beauftragt, „Forschungsdefizite im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung abzubauen, insbesondere in Bezug auf Reichtum. Allerdings sind diese Defizite im 3. Armuts- und Reichtumsbericht nicht abgebaut worden. Wir beklagen, dass den Bericht bei der Erfassung der Lebenslagen Lücken und Mängel nicht nur in Hinsicht auf den Reichtumssteil kennzeichnen, sondern auch etwa in der Gender-Frage oder der Frage nach überschuldeten Privathaushalten.

### **■ Innenpolitik**

#### **Aktiv gegen die „Extremismusklausel“**



Engagierte Demokratinnen und Demokraten dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden! Deswegen habe ich den Protest der Träger für Demokratiewerk

am bundesweiten Aktionstag für Demokratie und gegen Bekenntniszwang am 1. Februar unterstützt und werde dieses auch weiterhin tun - vor Ort und als Mitglied der Arbeitsgruppe „Strategien gegen Rechtsextremismus“ in der SPD-Bundestagsfraktion.

Hintergrund ist die „Extremismusklausel“, die Bundesministerin Kristina Schröder (CDU) eingeführt hat. Von allen Trägern im Rahmen des Programms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ und des Programms „Initiative Demokratie stärken“ wird eine Erklärung abverlangt. Sie sollen „auf eigene Verantwortung dafür Sorge tragen“, das sie selbst und alle Personen und PartnerInnen, mit denen sie zusammenarbeiten, auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Die Erklärung ist bindende Voraussetzung für die finanzielle Förderung. Diejenigen, die sich täglich für praktizierte Demokratie und gegen Rechtsex-

#### **■ Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### **■ Bundestag**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### **■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)**



tremismus engagieren, stehen nun selber unter Generalverdacht und werden in eine extremistische Ecke gestellt.

Dabei leisten diese Vereine und Initiativen durch ihre Bildungs- und Präventionsarbeit einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und für die Achtung der Menschenrechte. Sie beweisen durch ihre jahrelange Praxis, dass sie für unsere Verfassung eintreten, dass sie die demokratische Kultur stärken und die Demokratie vor ihren Feinden schützen wollen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist dabei, gewachsene zivilgesellschaftliche Strukturen im Kampf gegen den Rechtsextremismus zu zerschlagen. Denn ohne die Förderung des Bundes sind die meisten dieser Projekte nicht durchführbar.

#### **Demokratieinitiativen nicht verdächtigen, sondern fördern!**

Um die geplante Bestätigungserklärung als Zuwendungsvoraussetzung aus den Richtlinien des Bundesprogramms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ zu streichen und die engagierten DemokratInnen zu unterstützen, hat die SPD-Bundestagsfraktion zusammen mit der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Bestärkt werden wir durch das Gutachten von Prof. Dr. Ulrich Battis von der Humboldt-Universität. Er zeigt auf, dass die geforderte „Extremismusklausel“ nicht verfassungsgemäß ist. Das Land Berlin hat bereits das richtige Signal gesetzt und Widerspruch gegen die Kopplung der „Demokratieerklärung“ an die Förderung der Träger eingelegt.

#### **■ Außenpolitik**

### **Ägypten jubelt: „Wir sind das Volk“**

„Wir haben es geschafft“ - so der Jubel auf den Straßen Berlins und im Berliner Regierungsviertel am Freitagnachmittag nach dem Rücktritt des ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak. Ich gratuliere den mutigen Demonstrierenden nicht nur auf dem Tahrir-Platz für den ihrerseits friedlich herbeigeführten Umbruch in Ägypten. Dieser Erfolg gehört keiner Partei oder Religion - er gehört dem ganzen ägyptischen Volk.



Welche Rolle wer in den kommenden Wochen und Monaten spielt, kann am heutigen Freudentag noch nicht beantwortet werden. Zunächst einmal wird ein Militärregime die Amtsgespräche in Ägypten übernehmen. Für die anstehenden - im Augenblick noch für September 2011 geplanten - Wahlen bedarf

es der Erarbeitung einer neuen Verfassung. Noch nie war es den Menschen in Ägypten möglich, frei, geheim und gleich zu wählen. Ich bin mir sicher, dass die Freiheitsbewegung Ägyptens auf die ganze Region ausstrahlt. Der Freiheitswille ist unübersehbar.

#### **■ Aus Berlin**

### **Aktuelle Stunde: Räumung der Liebigstraße 14 in Berlin-Friedrichshain**



Auf Verlangen der Regierungsfractionen fand am 09. Februar die Aktuelle Stunde „Gewalttaten und anhaltende Ausschreitungen in Berlin und anderen Städten im Zuge der Räumung eines besetzten Hauses (Liebig 14)“ statt. Durchsichtiges Ziel von CDU/CSU und FDP war, den rot-roten Senat zu diskreditieren und dabei Angst vor linker Gewalt zu schüren und den linken Parteien - insbesondere Der Linken und der Grünen - Blindheit vor dieser „Bedrohung der Demokratie“ vorzuwerfen. Es wurde eine Aktuelle Stunde Berliner MdB's - von den elf RednerInnen haben sechs ihren Wahlkreis in Berlin. Das Ziel der Regierungsfractionen wurde nicht erreicht.

Nach etlichen Richtigstellungen darüber, dass es sich nicht um ein besetztes Haus handelte, die Polizei Amtshilfe bei einer Zwangsräumung von rechtmäßig gekündigten MieterInnen geleistet hat, der Einsatz - auch nach Einschätzung der Berliner CDU - maßvoll war und deeskalierend geplant, ging es im weiteren Verlauf dieser aktuellen „Märchen-Stunde“ (Zitat Wolfgang Gunkel, SPD) weiterhin darum, mit vielen Seitenhieben und Zwischenrufen den Eindruck zu erzeugen, Berlin sei unter Rot-Rot keine sichere Stadt auf dem Boden rechtsstaatlicher Grundsätze.

Sieht man diese Debatte im Kontext der sogenannten „Extremismusklausel“, die Familienministerin Schröder eingeführt hat, geraten alle linken und auch alternativen Gruppierungen unter den Generalverdacht des Linksextremismus und mangelnder Verfassungstreue. Dagegen gab es von mir und meinen SPD-Kollegen deutlichen Widerspruch. Wir haben auch deutlich darauf verwiesen, dass die durch Schwarz-Gelb erfolgte Kürzung des Programms der Sozialen Stadt Gentrifizierungsprozesse geradezu fördert und nicht die Berliner Politik des SPDgeführten Senats.

Zusammenfassend bleibt als Resultat dieser missglückten Aktuellen Stunde: der Berliner Wahlkampf hat für Schwarz-Gelb bereits begonnen. Und da CDU und FDP kraft eigener

#### **■ Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### **■ Bundestag**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### **■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)**



## ■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.  
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 8

Stärke in Berlin wenig ausrichten werden, suchen sie sich mit Hilfe ihrer Bundestagsfraktion Themen heraus, um Stimmungen zu erzeugen, wo Argumente ganz schlicht fehlen. Vor allem die FDP fehlt dabei auf die eigene Nase: Sie vermag es vor Ort in Berlin nicht, sich einer parteiübergreifenden Erklärung gegen Gewalt anzuschließen.

### Erinnerung braucht einen Ort!

Am 30. Januar 2011 fand eine Gedenkveranstaltung zum Internationalen Holocaustgedenktag vor dem Haus Schwäbische Straße 25 in Schöneberg statt. Aus dem Haus im Bayerischen Viertel sind ab 1942 achtundzwanzig jüdische Menschen deportiert worden. Die Hausgemeinschaft hat zu deren Gedenken eine Ehrentafel am Haus angebracht. Jährlich inziere ich eine Veranstaltung in meinem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg, um der Opfer des Nationalsozialismus und ihrer Leiden zu gedenken.



Auf der Gedenktafel steht „„Erinnerung an 28 jüdische Bewohner dieses Hauses, die in den Jahren 1942 bis 1944 aus ihren Wohnungen vertrieben und nach Auschwitz, Riga, Theresienstadt und Trawiniki deportiert wurden.““ Vor dieser Gedenktafel habe ich jeden einzelnen Namen der achtundzwanzig Opfer verlesen. Es waren jüdische Bürgerinnen und Bürger im Alter von zwanzig bis vierundachtzig Jahren. Ihre Namen sind in Yad Vashem verewigt. Die Veranstaltung soll aller Menschen gedenken, die unter nationalsozialistischer Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet worden sind.

Die Zeitzeugin Rahel R. Mann schilderte mit bewegenden Worten ihr Überleben während der Zeit des Nationalsozialismus. Sie war als Kind in der unmittelbaren Nachbarschaft der Schwäbischen Straße versteckt worden. Ihre Erlebnisse verarbeitete sie in Gedichten, von denen sie mehrere eindrucksvoll vortrug. Zum Gedenken an das Schicksal der Opfer des Nationalsozialismus legten die vielen anwesenden Bürgerinnen und Bürger im Anschluss Rosen an der Ehrentafel nieder.

Meine nächste Gedenkveranstaltung im Jahr 2012 findet auf dem Tempelhofer Feld, dem ehemaligen Flughafen-gelände in Tempelhof statt. Auf diesem befand sich sowohl ein Konzentrations- als auch Zwangsarbeiterlager.

### ■ Terminhinweise

Herzlich lade ich Sie zu den folgenden öffentlichen Terminen ein:

#### 17. Februar: 19:00 - 21:00 Uhr

##### ● **Werden wir krank reformiert?**

Die Gesundheitspolitikerin der SPD-Bundestagsfraktion Mechthild Rawert referiert über die Gesundheitsreform der schwarz-gelben Koalition.  
*Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, Atrium-Restaurant  
Bat-Yam-Platz 1 12353 Berlin-Neukölln*

#### 20. Februar: 11:30 - 13:00 Uhr

##### ● **Geraubte Kindheit**

Podiumsdiskussion im Rahmen der Buchvorstellung "Geraubte Kindheit - russische Jugendliche in deutschen Arbeitslagern". Das Podium ist besetzt mit Zeitzeugen aus Petersburg, Prof. Wippermann, einer Herausgeberin und Mechthild Rawert, MdB.  
*Bernhard-Lichtenberg-Haus  
Hinter der katholischen Kirche 3, 10117 Berlin-Mitte  
(hinter der Hedwigskathedrale)  
Verkehrsverbindungen: Bus 100, 147, 200, TXL*

#### 22. Februar: 19:30 – 22:00 Uhr

##### ● **Mitgliederversammlung Friedenau**

Die SPD-Gesundheitspolitikerin Mechthild Rawert hält einen Vortrag zur Gesundheitspolitik.  
*Stierstr. 20A, 12159 Berlin-Friedenau*

#### 02. März: 18:00 – 20:00 Uhr

##### ● **Fraktion vor Ort: Die Bürgerversicherung**

Die Diskussionsveranstaltung wird von der Landesgruppe der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten organisiert.  
*Gründersaal, Haus 1  
Vivantes Auguste-Viktoria-Klinikum  
Rubensstraße 125, 12157 Berlin*

FRAKTION VOR ORT: Mittwoch, 02. März, 18:00 Uhr, Vivantes Auguste-Viktoria-Klinikum  
**Unsere Gesundheit braucht Solidarität** - Diskussionsveranstaltung  
Mit der Bürgerversicherung zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle

### Weitere Termin-Infos unter:

[www.mechthild-rawert.de/date-browser](http://www.mechthild-rawert.de/date-browser)

oder über das Wahlkreisbüro, Tel. 720 13 884.

#### ■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 720 13 884  
Fax: (030) 720 13 994  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

#### ■ Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel: (030) 227 73 750  
Fax: (030) 227 76 250  
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

#### ■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)

